Deutscher Bundestag **Drucksache 19/12424**
19. Wahlperiode 15.08.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Andrew Ullmann, Michael Theurer, Renata Alt, Jens Beeck, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Katrin Helling-Plahr, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Matthias Seestern-Pauly, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Manfred Todtenhausen, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Vorbereitung der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen auf Hitzewellen

Klimamodelle sagen voraus, dass die extremsten Hitzesommer in Zukunft häufiger werden. Auf die Folgen des Temperaturanstiegs und damit verbunden intensiveren Hitzewellen für die Gesundheit der Menschen macht eine Studie in der Fachzeitschrift Lancet aus dem Jahr 2018 aufmerksam. Die Ergebnisse zeigen, dass der Klimawandel schon heute die Gesundheit von Millionen Menschen gefährde (Watts, Nick et al. (2018): The 2018 report of the Lancet Countdown on health and climate change: shaping the health of nations for centuries to come, Lancet). Danach waren 2017 18 Millionen mehr gefährdete Personen Hitzewellen ausgesetzt als 2016. Im Vergleich zum Jahr 2000 waren es 157 Millionen mehr. Als hitzegefährdert gelten Menschen, die an Diabetes, einer Herz-Kreislauf-Erkrankung oder chronischen Atemwegsproblemen leiden oder über 65 Jahre alt sind, vor allem wenn sie in Städten leben. Dort steigen die Temperaturen verhältnismäßig stark. Zwischen 1986 und 2017 betrug der Unterschied in dichtbesiedelten Gebieten 0,8 Grad Celsius. Im gleichen Zeitraum stieg die weltweite Durchschnittstemperatur nur um 0,3 Grad Celsius. Allein in Berlin sind im vergangenen Sommer knapp 500 Menschen an den Folgen der Hitze gestorben, berichtet das Robert Koch-Institut. Wissenschaftler bestätigen, dass die Sterbequote an heißen Tagen mit mehr als 30 Grad Celsius um etwa ein Zehntel und die Krankenhauseinlieferungen um ein Zwanzigstel steigen (Karlsson, Martin & Ziebarth, Nicolas (2018): Population health effects and health-related costs of extreme temperatures: Comprehensive evidence from Germany, Journal of Environmental Economics and Management).

Krankenhäuser sehen sich jedoch mit der erhöhten Belastung im Zusammenspiel mit den steigenden Temperaturen überlastet. Nur in wenigen Pflegeeinrichtungen kann ein hinreichender Patientenschutz durch eine umfangreiche Ausstattung mit klimatechnischen Regulierungseinrichtungen wie Klimaanlagen gewährleistet werden. Dies führt dazu, dass Patienten unter erheblichen Kreislaufproblemen, Dehydrierung sowie Schwächeanfällen leiden und einer teils lebensbedrohlichen Situation ausgesetzt werden (Müller, Andreas (2017): Auch Kliniken kämpfen mit der Hitze, Stuttgarter Zeitung). Angesichts der riesigen Finanzlücken für Bau und Erhalt der Häuser seien zusätzliche Millionenausgaben für die Kühlung der Zimmer aber derzeit undenkbar (Schraa, Rolf (2018): Kein Geld für Klimaanlagen – Hitzestress im Krankenzimmer, WAZ). Bisher gibt es keine Regeln, wie warm es in Pflegeeinrichtungen sein darf.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind nach Auffassung der Bundesregierung Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ausreichend auf die Zunahme von Hitzewellen vorbereitet?
2. Wie bewertet die Bundesregierung das Ausmaß von Hitze für die öffentliche Gesundheit in Deutschland?
3. Wie groß waren nach Kenntnissen der Bundesregierung die gesundheitlichen Folgen und damit verbunden die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Hitzewelle des Jahres 2018 in Deutschland?
4. Wie vielen Allgemeinkrankenhäusern in Deutschland mangelt es nach Kenntnissen der Bundesregierung an einer hinreichenden Klimatechnik zur Raumluftregulierung?
5. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Investitionsbedarf für die Implementierung klima- und insbesondere CO_2-neutraler Raumluftregulierungsanlagen in den Allgemeinkrankenhäusern?
6. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts des hohen Anteils von Pflegeeinrichtungen, deren Patientenzimmer nicht mit Klimaanlagen oder sonstigen Vorrichtungen ausgestattet sind?
7. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Investitionsbedarf, um die notwendige Ausstattung der Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten?
8. Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Beschaffung von Raumluftregulierungsanlagen der Aspekt der Klima- insbesondere CO_2-Neutralität, insbesondere bei der öffentlichen Auftragsvergabe, berücksichtigt?
9. Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor, die die Auswirkungen von Hitze auf die Behandlungsdauer sowie die Behandlungskosten der Patienten belegen?

Berlin, den 31. Juli 2019

Christian Lindner und Fraktion